

**Dr. Tobias Lindner**

(A) Diese Krise – das ist klar – stellt die Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern vor existenzielle Herausforderungen. Um es – erstens – klar zu sagen: Es war richtig in diesem Sommer angesichts dieser Dürre zu helfen und Zahlungen zu leisten. Zweitens, Frau Ministerin – es wird ja immer gerne geschimpft und kritisiert; das ist ja auch die Aufgabe der Opposition –, will ich Sie an einer Stelle loben: Ich fand es richtig, dass Sie standhaft geblieben sind und dem Druck von Verbänden nicht sofort nachgegeben, sondern erst einmal den Erntebericht abgewartet haben. Das war in dieser Situation das richtige Verhalten.

Aber: Wir dürfen nicht bei Symptombekämpfung stehen bleiben. Es ist richtig, in einer existenziellen Notlage zu helfen; aber es kann ja nicht die Lösung sein, Jahr für Jahr – Kollege Saathoff hat es erwähnt – einfach nur Geld auf das Problem zu schütten. Vielmehr müssen wir an die Ursachen des Problems ran. Wir müssen die Klimakrise in Deutschland und auf diesem Planeten eindämmen. Da, meine Damen und Herren, muss auch die Landwirtschaft ihren Anteil zur Lösung des Problems beitragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen reicht Anpassung an eine Klimakrise natürlich nicht aus. Das ist nicht unbedingt das falscheste Instrument; aber wenn man nichts gegen Erderwärmung tut, wenn man sich einfach nicht darum kümmert, ob die Erderwärmung um maximal 2 Grad steigt oder ob es noch mehr wird, dann wird man einen Punkt erreichen, an dem man sich nicht mehr anpassen kann. Deswegen müssen sich diese Bundesregierung – es ist schade, dass die Bundesumweltministerin nicht mehr im Plenum ist – und alle Ressorts, auch Sie, Frau Klöckner, und Ihr Haus, fragen lassen, was sie gegen die Klimakrise tun und wann sie auch für die Landwirtschaft einen ambitionierten Klimaaktionsplan vorlegen.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur an dieser Stelle macht dieser Etat nur halberzige Sachen. Ich will einen zweiten Punkt thematisieren: das Thema Tierwohllabel. Es ist gut, dass Sie sagen, Sie wollen ein solches Label einführen. Wenn man berücksichtigt, dass 88 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher bereit sind, mehr Geld für Fleisch, das aus besserer Haltung kommt, auszugeben,

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Das sagen Sie jeden Tag!)

dann sage ich: Das ist überfällig. Sie dürfen an dieser Stelle natürlich nicht stehen bleiben. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen: Wann kommt denn das Label? Ich sage mit Blick auf die Kollegin der FDP, die ich sonst sehr schätze: Ich finde – ganz im Sinne Ludwig Erhards – es ist gut, wenn wir es staatlich machen, Marktwirtschaft muss Leitplanken setzen. Deswegen brauchen wir ein staatliches Tierwohllabel. Aber klar ist auch, dass man begleitende Maßnahmen, sprich ein Stallumbauprogramm auf den Weg bringen muss, das auch wirklich ambitioniert ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Wie sollen die denn aussehen?)

(C) Es ist den Tieren und den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht geholfen, wenn wir nur über ein Label gehen. Wir müssen an die Produktionsbedingungen ran. Auch hier reicht es nicht aus, nur an den Symptomen herumzudoktern. Wir müssen an die Ursachen ran und ambitioniert vorgehen.

Ein letzter Punkt. Es ist gut, dass diese Koalition uns mit diesem Haushaltsplan endlich verrät, wie sie die 1,5 Milliarden Euro, die in den ländlichen Raum fließen sollen, über die Jahre und über die Ressorts verteilt. Ja, es ist gut, dort zu investieren. Aber um das in aller Deutlichkeit zu sagen: Geld allein macht nicht glücklich.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Aber es beruhigt!)

Geld allein hilft an dieser Stelle nicht. Deshalb müssen wir – es ist bereits erwähnt worden – auch endlich damit anfangen, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ umzubauen und zu erweitern in eine Gemeinschaftsaufgabe für die ländlichen Räume, bei der Ökologie und Klimaschutz eine viel stärkere Rolle als bisher spielen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Wir Grünen werden mit einer Menge an Vorschlägen, wie man es besser machen kann, in diese Haushaltsberatungen gehen. Die Spielräume – es ist heute Morgen schon erwähnt worden – sind in diesem Bundeshaushalt nämlich vorhanden. Deswegen sind wir nicht zaghaft. Packen wir es an! Die Chance haben wir nämlich nur ein Mal. Wenn wir zu lange warten, wenn wir jetzt schlafen, dann werden wir in diesem Jahr nicht zum letzten Mal Dürrehilfen ausgezahlt haben, sondern eine Zukunft erleben, in der das der Regelzustand wäre. Wir Grünen stehen dafür, dass wir die Ursachen angehen und unsere Landwirtschaft und unser Klima fit für die Zukunft machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Nächste Rednerin: die Kollegin Gitta Connemann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Gitta Connemann (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heimat hat Konjunktur: früher ein Fall für den „Musikantenstadl“, heute im Zentrum der Politik in allen ihren Facetten – leider auch missbräuchlich.

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: AfD wirkt!)

Heimat ist für jeden etwas anderes. Für mich ist es das Land; ich lebe dort wie die Mehrheit der Deutschen. Dort ist auch die Heimat des Mittelstandes, vorneweg der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Ernährungswirtschaft. Meine Damen und Herren, diese wurden in den letzten Monaten durch Frost, Sturm, Dürre, Hagel

**Gitta Connemann**

- (A) schwer getroffen. Ernten fielen aus, Futter fehlt, Setzlinge verdorrt. Die Luft auf den Betrieben brennt. Insgesamt geht es für 10 000 Höfe um die Existenz.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar: Unsere Familien verdienen unsere Unterstützung. Sie sichern unser tägliches Brot, und sie sind wie keine andere Branche dem Wetter ausgesetzt. Das unterscheidet sie von allen anderen. Deshalb ist es richtig, zu helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bis zu 340 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung. Dies verdanken wir ganz wesentlich unserer Bundesministerin. Liebe Julia Klöckner, du hast beherzt und wirklich besonnen agiert. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieser Dürresommer wird nachbeben, in den Betrieben und in der Politik. Das vollständige Ausmaß der Schäden wird sich zum Beispiel im Wald erst in Jahren zeigen. Die politische Debatte dagegen ist bereits in vollem Gang, zum Teil erschreckend einseitig. Der Klimawandel wird der Branche von interessierten Kreisen in die Schuhe geschoben. Das nenne ich Ideologie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Betrachten wir die Fakten: 93 Prozent der Treibhausgasemissionen gehen nicht auf das Konto der Branche. Landwirte und Waldbauern sind keine Schuldigen, sondern vor allem Leidtragende. Verbessern kann man natürlich immer etwas. Aber wenn ein Bereich in den letzten Jahren seine Hausaufgaben gemacht hat, dann die Landwirtschaft. Für den deutschen Wald gilt ohnehin: Er ist der Klimaschützer Nummer eins.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Klar ist aber auch: Kein Landwirt will auf Hilfe angewiesen sein, und Steuerzahler sind keine Vollkaskoversicherung. Risikovorsorge ist besser als Hilfspakete. Liebe Frau Ihnen, Sie hatten angemahnt, dass dort eine Initiative fehlt. Besser informiert, wäre besser gewesen; denn unsere Bundesministerin Julia Klöckner hat mit der tariflichen Gewinnglättung bereits einen ersten Schritt getan. Wir warten nur darauf, dass Brüssel diese endlich notifiziert. Herzlichen Dank. Danach muss es weitergehen. Deshalb plädiert übrigens auch der Bund der Steuerzahler für die Einführung einer Risikorücklage, die steuerlich gesondert behandelt wird. Das ist eine gute Idee.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit einer zweckgebundenen Klimarücklage könnten die Betriebe in guten Zeiten für schlechte Zeiten vorsorgen.

Dies ist übrigens nicht nur im Interesse unserer Bauernfamilien; es ist im Interesse der ländlichen Regionen und Verbraucher; denn die Landwirtschaft ist systemrelevant für Ernährung, Landschaft, Wirtschaft und das Leben auf dem Land. Sterben die Höfe, sterben die Dörfer. Aus Landschaft wird dann nur noch Gegend. Das ist übrigens keine Schwarzmalerei, sondern bittere Realität in manchen Gegenden Deutschlands. Auf der anderen Seite gibt es Regionen mit starker Wirtschaftskraft und Infrastruktur wie zum Beispiel meine Heimat Ostfries-

- land und das Emsland. Es gibt also Unterschiede wie Tag und Nacht. (C)

Viele Aufgaben sind im Koalitionsvertrag schon benannt. Klar ist: Die ländlichen Regionen brauchen keine Almosen, sondern passgenaue Lösungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Baustein dafür ist das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung. Lieber Johann Saathoff, du hattest angemahnt, dass die Ministerin dies nicht konkret benannt hätte. Ich habe sehr wohl gehört, wie sie in ihrer Rede darauf eingegangen ist, dass wir über dieses Bundesprogramm im nächsten Jahr über 70 Millionen Euro bereitstellen. Vielen Dank dafür! Wir sind uns einig – da schaue ich auch unseren Haushälter Christian Haase an –, dass die Mittel schneller und leichter abfließen können müssen. Deswegen bin ich der Ministerin dankbar, dass sie der zuständigen BLE jetzt einen externen Projekträger zur Seite stellen wird. Auch dafür herzlichen Dank!

Wir sind uns einig: Wir müssen weg von den komplexen Modellen und Demonstrationsvorhaben zu einer einfachen Regelförderung. Denn ehrlicherweise muss man sagen: Was hilft das beste Förderprogramm einem Verein, der ehrenamtlich arbeitet, wenn er dafür einen Juristen beschäftigen muss? Für diese Vereinfachung brauchen wir das Bundesfinanzministerium.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Denn wir wissen: Investitionen in den ländlichen Raum sind Investitionen in die Zukunft unseres ganzen Landes. Dabei geht es übrigens nicht nur um Geld. Ein Beispiel: Wer Auto oder Bahn fährt, bewegt sich von Funkloch zu Funkloch. Das könnte sich mit dem neuen Mobilfunkstandard 5G ändern – könnte! Dafür muss die Bundesnetzagentur aber auf eines achten: Es darf nicht allein um das höchste Gebot gehen, sondern um die beste Flächenabdeckung. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden darauf ganz genau achten. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Am Ende steht und fällt die Zukunft der ländlichen Räume aber mit der Zukunft der Landwirtschaft. Diese befindet sich in schweren Zeiten, auch wegen der Politik in Europa, in Bund und Land. Ich nenne nur einige Stichworte, mit denen sich Landwirte zurzeit auseinandersetzen müssen: Gemeinsame Agrarpolitik der EU, die Zukunft der Direktzahlungen, die Düngeverordnung mit all ihren betrieblichen Auflagen. Hinzu kommen neue Anforderungen im Pflanzenschutz, bei Stallbauten. Insofern bin ich unserer Ministerin dankbar, dass sie in ihrem Haus extra ein Referat, das sich mit Bürokratieabbau beschäftigt, eingerichtet hat. Herzlichen Dank dafür! Wenn man denn einmal ein Organigramm liest, liebe Frau Ihnen, hätte man das auch gesehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Besondere Unterstützung brauchen an dieser Stelle unsere Ferkelerzeuger in Deutschland.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Na, dann mal los!)

**Gitta Connemann**

- (A) Nur noch 75 Prozent der Ferkel werden hier geboren. Der Rest kommt aus Ländern wie Dänemark, den Niederlanden, Polen oder Spanien. Dieser Trend wird sich verschärfen; denn 60 Prozent der Sauenhalter denken ans Aufgeben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Es handelt sich im Wesentlichen – das ist gar nicht lustig, liebe FDP; da sieht man, dass Ihr Bekenntnis zur Landwirtschaft dann eher auf dem Papier stattfindet als in der Tat – um kleine Betriebe.

(Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Na, na, na!)

Die interessieren Sie vielleicht nicht so, uns schon. Die kleinen Betriebe, gerade aus Baden-Württemberg und Bayern, wollen aus Sorge vor kostenintensiven Auflagen aufgeben. Sie warnen uns: Ein Strukturbruch droht. Das müssen wir verhindern, im Sinne der Höfe, aber auch im Sinne der Verbraucher und des Tierschutzes; denn der höchste Tierschutz ist hier in Deutschland gewährleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb appelliere ich an alle Akteure: Wir brauchen Lösungen, die den Betrieben Luft zum Atmen lassen. Das gilt vor allem bei der Ferkelkastration, sonst haben wir am Ende noch größere Agrarbetriebe, eine Verlagerung der Ferkelerzeugung ins Ausland, womöglich in Länder mit weniger Tierschutz.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Mir kommen die Krokodilstränen!)

- (B) Ich sage zu Ihnen: Das kann doch keiner wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere auch im Namen unserer Fraktion an unser aller Vernunft, auch für unsere Heimat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Sie tragen die Verantwortung!)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Nächste Rednerin: die Kollegin Dr. Birgit Malsack-Winkemann, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Birgit Malsack-Winkemann (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Auch im Haushalt Ernährung und Landwirtschaft ist die AfD der Rufer in der Wüste: Obgleich wir schon zum Haushalt 2018 die massive Steuergeldverschwendung bei der Öffentlichkeitsarbeit wiederholt gerügt haben, setzt die Regierung dieses Treiben unbeeindruckt fort.

(Beifall bei der AfD)

Betrachtet man nämlich alle Haushaltstitel des BMEL, aus denen Kosten für Fachinformationen oder Werbemaßnahmen gezahlt werden können, führt dies zu einem möglichen Etat von über 250 Millionen Euro,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Pfui!)

wobei hier die tatsächliche Größenordnung bei vielen Haushaltstiteln durch einen pauschalen Verweis auf § 63 Bundeshaushaltsordnung verschleiert wird. Das halten wir, die AfD, nicht nur für unseriös, sondern für einen Fall des Tarnens und Täuschens.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern deshalb, Werbemaßnahmen der Höhe nach immer klar und eindeutig von denjenigen Maßnahmen abzugrenzen, die der Sache selbst dienen.

Eine Farce besonderer Güte ist in diesem Zusammenhang die geplante Ausgabensteigerung von 7 auf sage und schreibe 33 Millionen Euro in 2019 zur Entwicklung eines staatlichen Tierwohllabels. Abgesehen davon, dass es am Markt bereits gut eingeführte Kennzeichnungen für artgerechte Haltung gibt, sodass ein weiteres staatliches Label unnötig ist, stößt hier besonders auf, dass das gleiche Ministerium, das vorgibt, an einer besonders guten und artgerechten Haltung der Tiere interessiert zu sein, bei lebensbedrohenden Gefahren für ebendiese Tiere wochenlang nur zusieht, anstatt zu handeln.

(Beifall bei der AfD)

Selbstverständlich spreche ich von der allseits bekannten Dürrekatastrophe. Die monatelange Trockenheit hat dazu geführt, dass acht Bundesländer Dürreschäden von über 1 Milliarde Euro an die Bundesregierung gemeldet haben. Über 10 000 Bauern meldeten eine existenzbedrohende Situation an. Schon vor Wochen ist der Weizen wegen der vorherrschenden Hitze vorzeitig notgereift und wurde deshalb verfrüht geerntet. Sogar das Winterfutter wird teilweise verfüttert, manchmal bekommen die Tiere nur Stroh zu fressen.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Was?)

Vielorts ist es zu Notschlachtungen gekommen, weil die Bauern ihre Tiere nicht mehr ernähren konnten.

Und was macht diese Bundesregierung, was macht Frau Klöckner? Sie wartet ab – auf etwaige Entscheidungen der EU, auf Entscheidungen der Länder, die Bund-Länder-Kommission und auf die Erntebilanz. Es ist unfassbar!

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Sie sind unfassbar!)

Die Bundesregierung hat bundesweit erst einmal geprüft, ob es zu Schäden in nationalem Umfang von mindestens 30 Prozent gekommen ist, anstatt dafür zu sorgen, dass es gar nicht erst zu finanziellen Ausfällen kommt.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir, die AfD, fordern die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass vom Bund gewährte Hilfen nicht mehr an den bundesweit durchschnittlichen Ernteausfall von 30 Prozent und mehr geknüpft werden, sondern dass dieser Wert jeweils landesspezifisch als Kriterium gilt und für finanzschwache Kleinbauern herabgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Denn der Norden und Osten leidet in viel größerem Umfang als der Rest Deutschlands. In Brandenburg bei-